

Arbeitsheft 4

Zur ersten Tagung des 2. Landesparteitages der Brandenburger LINKEN

- Abstimmungsheft -

Inhalt

Neuer Entwurf Tagesordnung	2
Neuer Entwurf Wahlordnung	5
Neuer Entwurf Leitantrag mit Übernahmen und noch abzustimmenden Änderungsanträgen	8
Übersicht Änderungsanträge zum Leitantrag	17
Neuer Entwurf Antrag 2 mit Übernahmen	22
Übersicht Änderungsanträge zum Antrag 2	30
Änderungsantrag zum Antrag 5	31

3. Entwurf

Tagesordnung und Zeitplan

der 1. Tagung des 2. Landesparteitags der LINKEN Brandenburg

Sonnabend, 13.03.2010

10.00 Uhr	Eröffnung
10.10 Uhr	Konstituierung des Parteitags <ul style="list-style-type: none">• Wahl des Tagungspräsidiums• Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan, der Geschäftsordnung und der Wahlordnung• Wahl der Kommissionen:<ul style="list-style-type: none">- Mandatsprüfungskommission- Redaktionskommission- Wahlkommission- Antragskommission
10.40 Uhr	Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord zum Leitantrag
11.00 Uhr	Diskussion zum Leitantrag / Generaldebatte
12.20 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
12.25 Uhr	Beschlussfassung zum Leitantrag
12.40 Uhr	Mittagspause
13.30 Uhr	Rede der Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag Kerstin Kaiser
13.50 Uhr	Diskussion zum Antrag 2 zur Regierungsarbeit
15.00 Uhr	Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Helmuth Markov
15.20 Uhr	Beschlussfassung zum Antrag 2 zur Regierungsarbeit
15.45 Uhr	Anfragen und Beschlussfassung zu den Berichten <ul style="list-style-type: none">• des Landesvorstands• der Landesschiedskommission• der Landesfinanzrevisionskommission
15.50 Uhr	Aufstellung der Liste der KandidatInnen für den Landesvorsitz
16.10 Uhr	Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden Pause
16.40 Uhr	Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der/des Landesvorsitzenden Beschlussfassung zum Vorschlag des Landesvorstands über die Zahl der zu wählenden Stellvertreter, Aufstellung der Liste für die Funktion <ul style="list-style-type: none">• der weiblichen stellvertretenden Landesvorsitzenden,• der restlichen stellvertretenden Landesvorsitzenden (gemischte Liste),• der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers (LGF)• der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
17.30 Uhr	Wahlgänge zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden (Frauen und gemischte Liste) und zu den Funktionen LGF und LSM
17.45 Uhr	Pause fürs Abendessen
18.30 Uhr	Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zu den Stellvertretern und zu den Funktionen LGF und LSM Aufstellung der Listen für die Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die

- Wahl
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
 - der Delegierten im Bundesausschuss
- 20.20 Uhr Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung für die Wahlen
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
 - der Delegierten im Bundesausschuss
- 20.30 Uhr Verständigung zur Situation in der Bundespartei mit Redebeiträgen von Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Caren Lay und Werner Dreibus
Diskussion und Anfragen (offen auch für Nicht-Delegierte des Landesparteitages)
- 21.30 Uhr Abschluss des 1. Beratungstages

Sonntag, 14.03.2010

- 9.00 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahlen
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
 - der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss
- 9.15 Uhr Aufstellung der gemischten Liste für die Wahl
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
 - der Delegierten im Bundesausschuss
- und Aufstellung der Frauenliste für die Ersatzdelegierten im Bundesausschuss**
- 10.55 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11.00 Uhr Wahlgänge zu den gemischten Listen
- zum Landesvorstand,
 - zur Landesfinanzrevisionskommission
 - zur Landesschiedskommission
 - der Delegierten im Bundesausschuss
- und Wahlgang zur Frauenliste für die Ersatzdelegierten im Bundesausschuss**
- 11.20 Uhr Podiumsdiskussion zur Geschichte
- 13.00 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- Aufstellung der gemischten Liste für die Ersatzdelegierten im Bundesausschuss und Wahlgang**
- 13.10 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr **Bekanntgabe der Wahlergebnisse**

- 14.05 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Antrages 4 (Biografien) mit begrenzter Debatte
- 14.30 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Antrages 5 (Satzungsänderungen) mit begrenzter Debatte
- 14.45 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Antrages **6.2** (Trennung von Amt und Mandat) mit begrenzter Debatte
- 15.15 Uhr Behandlung und Beschlussfassung **der Anträge 7 und 8** und evtl. weiterer Anträge
- 15.30 Uhr Schlusswort der/des Landesvorsitzenden

*** Alle Wahlgänge mit „fliegenden Urnen“ – inklusive Ausgabe der Wahlscheine**

Neuer Entwurf Wahlordnung

des 2. Landesparteitags der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

1. Grundlagen und Gültigkeit

Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Wahlordnung der Partei DIE LINKE (Bundeswahlordnung). Diese Ordnung gilt für die Wahlen des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission sowie der Delegierten zum Bundesausschuss.

2. Wahlrecht

Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des 2. Landesparteitages. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

3. Kandidaturen

Alle LINKE-Mitglieder und LINKE-Gastmitglieder können Vorschläge für Kandidaturen unterbreiten.

Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede Kandidatin/jeder Kandidat die Möglichkeit, sich vorzustellen. Die Redezeit ist mit Ausnahme der Kandidaturen zu folgenden Funktionen auf 5 Minuten begrenzt.

Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 20 Minuten. Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landesgeschäftsführung, der Landesschatzmeisterei und der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 10 Minuten begrenzt.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und Erklärung ist auf 2 Minuten begrenzt.

4. Wahlen

4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten

Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren in getrennten Wahlgängen

- die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden
- die Landesgeschäftsführerin/den Landesgeschäftsführer
- die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister

Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Kandidatin/demselben Kandidaten ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, wird eine neue Liste von Kandidatinnen / Kandidaten für das Amt aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung¹

- 2 bis 4 stellvertretende Landesvorsitzende

Über die genaue Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden entscheidet der Landesparteitag gemäß § 18 Abs. 1 Landessatzung durch Beschluss. Die/der neugewählte Landesvorsitzende wird den Vorschlag dazu einbringen.

Für den Fall, dass nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt werden, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit den nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

4.3. Gruppenwahl von Parteigremien und Delegiertengruppen

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- weitere Mitglieder des Landesvorstandes, so dass der Landesvorstand unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden insgesamt 20 Mitglieder umfasst.
- Eine Landesfinanzrevisionskommission in der Stärke von 5 Mitgliedern.
- Eine Landesschiedskommission in der Stärke von 7 Mitgliedern.
- die sechs Mitglieder und ihre Ersatzmitglieder des Landesverbands im Bundesausschuss (Die Ersatzmitglieder werden in gesonderten Wahlgängen zu den jeweiligen Mitglieder im BA gewählt.)

4.4. Stimmabgabe, notwendige Mehrheit zur Wahl

Gemäß § 8 Bundeswahlordnung kann zu jedem Bewerber eine JA-Stimme, eine NEIN-Stimme oder eine Enthaltung gewählt werden. Fehlt eine Kennzeichnung gilt dies als Enthaltung. Bei mehr als doppelt so vielen Bewerbern wie zu vergebenden Plätzen entfällt die Möglichkeit der NEIN-Stimmenabgabe (§ 8 Abs. 5 Bundeswahlordnung).

Gewählt ist **in den Gruppenwahlgängen des Punkt 4.3.** abweichend von § 10 Abs. 1 Bundeswahlordnung, wer mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereint (Beschluss gemäß § 10 Abs. 2 Bundeswahlordnung). Im Übrigen gelten die Regeln der §§ 10 und 11 Bundeswahlordnung².

¹ § 6 Bundeswahlordnung lautet:

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

[...]

² § 10 und 11 Bundeswahlordnung lauten:

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Gewählt sind in einem Wahlgang diejenigen, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

5. Quotierung

Die Wahlgänge können bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Bundeswahlordnung zusammengefasst oder parallel abgehalten werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder - nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss - auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Ja-Stimmen-Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

Neuer Entwurf Leitantrag mit Übernahmen und noch abzustimmenden Änderungsanträgen

Neue Passagen
unterstrichen

1 Leitantrag
2 an die 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg

3
4 **opponieren, regieren, konsolidieren, verjüngen**
5 **DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren**
6 Einreicher: Landesvorstand

8 **1. Die bundespolitische Situation und DIE LINKE**

9 Nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag mit 11,9 Prozent der Stimmen und den
10 Erfolgen bei den Landtagswahlen 2009 ist die Partei DIE LINKE nicht nur in sechs
11 ostdeutschen, sondern auch in sechs westdeutschen Landtagen vertreten.

12 DIE LINKE verändert die Außenpolitik und die Wirtschafts- und Sozialpolitik. DIE LINKE stellt
13 Forderungen die viele unterstützen. Oft können wir feststellen: DIE LINKE wirkt!

14 Die Mehrheit der Bevölkerung und die beiden christlichen Kirchen lehnen es ab, Deutschland
15 am Hindukusch zu verteidigen. Immer mehr Menschen wissen, der Krieg in Afghanistan ist
16 nicht zu gewinnen. Sie wollen wie wir, das Krieg kein Mittel der Politik und dass das
17 Völkerrecht die Grundlage der Außenpolitik ist.

18 Die linke Wirtschaftspolitik hat in der Finanzkrise eine Renaissance erlebt. Die
19 neoliberale Ideologie der Deregulierung hat die Weltwirtschaft in die Krise geführt und
20 Korrekturen, die – wenn auch nicht konsequent – dem von linken Parteien
21 befürworteten Keynesianismus folgen, haben dagegen ihren Zusammenbruch verhindert. Da
22 aber die Forderung der Linken nach einer Regulierung des Finanzsektors und der
23 Vergesellschaftung des Bankensektors nirgendwo ernsthaft in Angriff genommen wurde, wird
24 mit dem Geld der Zentralbanken nicht die Realwirtschaft gestärkt, sondern die nächste
25 Finanzblase finanziert. In bisher einmaliger Weise wurde deutlich, dass die Finanzindustrie die
26 Politik bestimmt und nicht umgekehrt. Der deregulierte Finanzkapitalismus hat die
27 Demokratie ausgehöhlt. DIE LINKE fordert daher die Regulierung der Finanzmärkte seit
28 Jahren. Wir wollen, dass der Staat die Banken kontrolliert und reguliert. Wir wollen nicht, dass
29 die Finanzindustrie die Politik kontrolliert und reguliert. Zu den Ursachen der weltweiten
30 Finanzkrise gehört die zunehmende ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen.
31 Ohne eine gerechtere Vermögensverteilung gibt es keine Demokratie, weil eine ungerechte
32 Vermögensverteilung zu undemokratischen Machtstrukturen führt. Die abenteuerlichen
33 Steuersenkungspläne der CDU/FDP-Regierung werden verheerende Auswirkungen auf die
34 Haushalte der Länder und Kommunen sowie in der Arbeitsmarkt- und der Gesundheitspolitik
35 haben. Steigende kommunale Gebühren und Abgaben werden die Bürgerinnen und Bürger
36 stärker belasten.

37 Die sozialen Sicherungssysteme müssen in staatlicher Regie bleiben. Die
38 Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben. Das Steuerrecht muss sozial sein und
39 ökologisch gerecht wirken. DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und
40 Sozialverbände für eine sofortige Anhebung der Regelsätze für Hartz IV-
41 Empfängerinnen und -Empfänger. Wir fordern für diese Wahlperiode die Anhebung auf
42 500 Euro. Es muss ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn
43 eingeführt werden, der im Verlauf der Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird. Für Kinder und

ÄA 2.1

...

ÄA 1
Übernahme

44 Jugendliche ist eine eigenständige Bedarfsermittlung vorzunehmen und eine bedarfsdeckende
45 Kindermindestsicherung zu schaffen. Die anderen Parteien überarbeiten Hartz IV, weil wir sie
46 dazu zwingen. Für den gesetzlichen Mindestlohn werben neben der Partei DIE LINKE und den
47 Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne. Dass die jetzige Rentenformel nicht zu halten ist,
48 wird immer deutlicher. Die Einführung der kapital gedeckten Rente erweist sich als eine
49 historische Fehlentscheidung. Mit den Rentenreformen ist millionenfache Altersarmut
50 programmiert. Die Sozialpolitiker der anderen Parteien rücken zumindest verbal von ihren
51 bisherigen Beschlüssen ab.

52 DIE LINKE tritt für das Primat demokratischer Politik gegenüber der Wirtschaft sowie
53 für einen sozialen und ökologischen Wandel ein. Alternative Wirtschaftspolitik zielt auf
54 ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter
55 Marktzwänge. Gewinnerorientiertes unternehmerisches Handeln ist wichtig für Innovation und
56 betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, führt jedoch zur Zerstörung unserer
57 Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht
58 gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen wird. Die Verteidigung der Demokratie
59 und die Sicherung der politischen Grundrechte für alle Menschen ist eine unverzichtbare
60 Grundlage für linke Politik.

ÄA 2.2 Übernahme

61 Unsere Wahlerfolge verdanken wir diesen - in den letzten Jahren gemeinsam erarbeiteten und
62 vertretenen - Forderungen. DIE LINKE ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei des
63 Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Sie
64 stimmt im Bundestag gegen Kriegseinsätze. Sie wendet sich gegen Sozialabbau, tritt in
65 Regierungen dafür ein, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch
66 Personalabbau zu verschlechtern, Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern
67 und ist gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Sie streitet für den
68 Ausbau dezentral erzeugter und genutzter erneuerbarer Energien. Sie will den sofortigen
69 Ausstieg aus der Atomenergie sowie den mittelfristigen Ausstieg aus der
70 Braunkohleverstromung.

71 Mit diesen Forderungen waren wir bei den Bundestagswahlen und in Landtagswahlen erkenn-
72 und unterscheidbar. Ohne den auf dem Berliner Bundesparteitag hart erstrittenen und von
73 allen Teilen der Partei mitgetragenen Konsens, wäre dies nicht möglich gewesen. Kern dieses
74 Konsens war es, die in großer Zahl vorhandenen Gemeinsamkeiten aller Mitglieder der Partei
75 deutlich vor die Differenzen zu stellen, den Meinungspluralismus als positive
76 Entwicklungsbedingung für eine moderne Linke zu verstehen und auf eine vorsätzliche
77 Personifizierung inhaltlicher Konflikte zu verzichten. Nur so wird die Klärung und zugleich die
78 in einer pluralistischen Partei unverzichtbare Koexistenz der Unterschiede in den
79 Auffassungen möglich, ohne das Projekt einer neuen demokratischen Linken existenziell zu
80 gefährden.

81
82 **Die Programmdebatte umgehend beginnen**
83 Vor gut zwanzig Jahren, im Herbst 1989, wurde die Alleinherrschaft der SED durch friedliche
84 Proteste beendet. Die DDR stand kurz vor ihrem wirtschaftlichen und politischen
85 Zusammenbruch. Die SED/PDS wurde zur Erneuerung gezwungen und brach mit dem
86 Stalinismus als System.

87 Veränderung beginnt mit Opposition, dieses Motto war prägend für die Politik der PDS in den
88 1990er Jahren. Aber Veränderung endet nicht mit Opposition und so opponierte, diskutierte
89 und auch regierte eine zunehmend erfolgreiche PDS. Im Jahr 2003, nach einer schmerzhaften
90 Wahlniederlage, beschloss sie auf einem Bundesparteitag in Chemnitz ein Parteiprogramm, in

91 dem der demokratische Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem verankert wurde.
92 Die WASG entwickelte in ihrer jungen Geschichte ein Gründungsprogramm einer
93 Protestbewegung mit gewerkschaftlicher Prägung. Es sollten möglichst viele Menschen
94 angesprochen werden, ohne ideologische oder weltanschauliche Hürden aufzubauen.
95 Bei der Vereinigung beider Parteien zur Partei DIE LINKE konnte man sich zügig auf
96 programmatische Eckpunkte verständigen, die das Parteiprogramm der neuen Partei sind und
97 die - einmalig in der deutschen Parteienlandschaft - ehrlich bekannten, welche offenen
98 Fragen einer Diskussion harren. Diese Eckpunkte enthielten in Verbindung mit den
99 Wahlprogrammen ausreichend Anhaltspunkte für eine inhaltliche Profilierung der LINKEN in
100 den politischen Auseinandersetzungen der vergangenen zwei Jahre. Damit war auch die Basis
101 für die erfolgreichen Wahlkämpfe gelegt.
102 Das ein von allen anerkanntes Programm wichtig ist für die Identität einer Partei, für die
103 Bindungskraft bei ihren Mitgliedern haben die Konflikte und Debatten der letzten Wochen
104 nachhaltig unter Beweis gestellt. Beides, die Werteorientierung nach innen und die
105 Profilierung nach außen, ist von hoher Bedeutung für DIE LINKE.
106 Es ist nicht ausreichend, aus den Wahlprogrammen für die Bundestagswahl und die
107 Europawahl ein Parteiprogramm herzuleiten.
108 Was ist das langfristige Ziel der LINKEN? Was ist ihre Werteorientierung und welches
109 Politikverständnis liegt dem politischen Handeln zur Durchsetzung eigener Ziele zugrunde?
110 Welchen Nutzwert kann diese LINKE in den nächsten zwanzig Jahren darstellen? Eine
111 programmatische Klärung dieser Fragen erwarten die Mitglieder unserer Partei und erwartet
112 auch eine interessierte Öffentlichkeit. Diesen Erwartungen muss nun entsprochen werden.
113 Wir wollen, dass der neu zu wählende Parteivorstand erkennbar die Führung der
114 Programmdebatte übernimmt. Die Programmkommission muss transparenter als bisher
115 arbeiten, den Stand der gesellschaftlichen, linken und internationalen Debatte darstellen, die
116 derzeitige Positionierung der LINKEN sichtbar machen und kontroverse Standpunkte
117 einschließlich ihrer Begründung erläutern. Vor allem ist es wichtig, in Form öffentlicher
118 Tagungen die Basis der Partei an der Entwicklung der Programmatik und an der Diskussion
119 offener Fragen in einem demokratischen Prozess zu beteiligen. Durch diesen Weg soll eine
120 längere, tiefgründige und breite Parteidebatte, eine Berücksichtigung der gesellschaftlichen
121 Diskurse sowie eine möglichst transparente Streitform ermöglicht werden. Das heißt auch,
122 dass Dissense nicht zu früh durch Kompromisse in Kommissionen verdeckt werden.
123 Darüber hinaus wollen wir unser Wissen aus der politischen Praxis in den Landesverbänden in
124 Ost, West, Nord und Süd, in den früheren PDS- und WASG-Gliederungen, in der
125 parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit, in der Opposition und den
126 Regierungen sowie aus der kommunalpolitischen Verankerung in die programmatische
127 Debatte einbringen. Wir finden: Weder sollte ein Grundsatzprogramm an
128 Regierungsnotwendigkeiten angepasst werden, noch darf es die Regierungsarbeit als
129 politische Handlungsoption ausschließen. Dazu ist es notwendig, die Ebenen und die
130 unterschiedlichen Reichweiten der verschiedenen Dokumente auseinander zu halten.
131 Für uns ist der Begriff des demokratischen Sozialismus von zentraler Bedeutung. Er ist
132 für die Identität der Mitglieder und das Profil der LINKEN bei Wählerinnen und Wählern
133 und in der breiteren Öffentlichkeit unverzichtbar. Er macht unsere Partei deutlich
134 unterscheidbar zu anderen und ist auch eine Antwort auf manche
135 Parteivereinigungsphantasien. Dabei sollten die mittelfristig erreichbaren Wege und Ziele im
136 Zentrum stehen. Wir wollen einen Prozess umfassender Demokratisierung hin zu einer
137 Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit dominiert, sondern die freie Entwicklung aller

ÄÄ 2.6

...

ÄÄ 2.7

...

138 gesichert ist. Dogmatische Einengungen müssen vermieden werden. Das verlangt auch eine
139 klare Schlussfolgerungen aus dem „Realsozialismus“ der Vergangenheit.

140 Damit sind wir für alle Menschen offen, die, unabhängig von ihrer Herkunft und Lebenslage,
141 unsere demokratisch-sozialistische Ziel-, Weg- und Werteorientierungen und -vorstellungen
142 teilen.

143 Es geht um Gesellschafts- und Menschenbilder für linke Politik. Und es geht um ein
144 schlüssiges Konzept, das der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung entgegengesetzt
145 werden kann. Ausgangspunkt unserer Programmatik sind die gegenwärtige gesellschaftliche
146 Situation und die damit verbundenen Nöte und Sorgen der Menschen. Im Zentrum sollte der
147 notwendige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft stehen.

148 Dass linke Politik nicht an den Grenzen von Nationalstaaten halt macht, sollte auch in der
149 Programmdiskussion deutlich werden. Wir wollen, dass das proeuropäische Bekenntnis
150 unserer Partei mit Inhalten gefüllt wird. Gerade weil wir Kritik an der Europäischen
151 Union haben, wie sie jetzt ist, ziehen wir uns nicht auf die nationale Ebene zurück,
152 sondern wollen die EU demokratischer, friedlicher und sozialer gestalten. Dem Vertrag
153 von Lissabon, den wir weiterhin ablehnen, stellen wir daher unsere eigenen Konzepte
154 entgegen. Nutzen wir alle Handlungsmöglichkeiten und verändern wir Europa!

ÄA 2.8 Übernahme

ÄA 2.9 Übernahme

155 Schließlich muss mit Blick auf die Globalisierungsprozesse diese Sicht auch international
156 erweitert werden. Sozialistische Programmatik setzt auf eine friedliche, das Völkerrecht
157 achtende Außenpolitik, die vorhandene internationale Institutionen und Organisationen nicht
158 negiert, sondern demokratisieren will und sich vor der Frage, wie und mit wem das gelingt,
159 nicht drückt.

160 Diese Punkte werden Kernthemen eines neuen Programms für unsere Partei sein. Der
161 Brandenburger Landesverband wird sich in die Diskussion darum intensiv einbringen. Nicht
162 nur unsere Wahlerfolge bestätigen uns in dem Anspruch, uns auch zukünftig in den
163 bundesweiten programmatischen und strategischen Debatten der Partei zu Wort zu melden.
164 Wir wissen: Beständiger Erfolg auf allen Ebenen gelingt nur mit einem abgestimmten Handeln
165 in Kommune, Land und Bund. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Dabei ist der Blick
166 auf die aktuellen Gegebenheiten und Problemlagen ebenso von Bedeutung wie unsere
167 langfristigen gesellschaftspolitischen Zielstellungen. Die Menschen erwarten zu Recht von
168 uns Antworten auf die Herausforderungen von heute und Klarheit über unsere Vorstellungen
169 für morgen.

170

171 **In den Jahren 2010/11 stehen wichtige Wahlkämpfe an.**

172 Nach unseren Erfolgen im vergangenen Jahr müssen wir uns jetzt auf die Landtagswahl in
173 Nordrhein-Westfalen konzentrieren. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht ein
174 zentrales Thema unserer Bundestagswahlkampagne: Wer bezahlt die Folgen der Finanzkrise?
175 CDU und FDP wollen die Wählerinnen und Wähler betrügen, indem sie die sozialen
176 Kürzungen, die sie vorbereitet haben, vor dieser entscheidenden Wahl verschweigen. Es ist
177 unsere Aufgabe, dieses Spiel zu durchkreuzen. Der Einzug der LINKEN auch in den nordrhein-
178 westfälischen Landtag würde dazu führen, dass die Lasten der Finanzkrise gerechter verteilt
179 werden. Mit den Landtagswahlen in den Jahren 2010/2011 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-
180 Vorpommern und Berlin werden wir auch im Osten dazu beitragen. Bei den Wahlen in Baden-
181 Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen werden wir für eine stärkere parlamentarische
182 Vernakerung der LINKEN im Westen kämpfen. Dafür lohnt es sich zu streiten. Mit
183 außerparlamentarischen Kampagnen gegen den Afghanistankrieg, die Gesundheitsreform und
184 die anhaltende Umverteilung von unten nach oben werden wir das in den kommenden

185 Monaten unterstützen.
186 Die Bundestagswahl und die Landtagswahlen in Ost und West haben bewiesen, DIE LINKE
187 wird gebraucht und von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gewählt und gewollt. Um ihre
188 Zukunft müssen wir uns nicht fürchten, wenn wir es verstehen, diesen Willen und die
189 Interessen unserer Wählerinnen und Wähler ins Zentrum unserer Anstrengungen zu stellen.
190

191 **2. Die Situation in der Partei**

192 Mit der Bundestagswahl ist deutlich geworden, dass nach dem Scheitern des
193 parteikommunistischen Organisations- und Gesellschaftsverständnis auch die bisherige
194 zentralistische Parteipraxis der SPD am Ende ist und keine Zukunftsoption für eine neue
195 moderne, demokratische, linke Partei darstellt. Die Basta-Demokratie, der antidemokratische
196 Autoritarismus von Schröder und Müntefering hat maßgeblich mit zum jetzigen Zustand der
197 SPD beigetragen. DIE LINKE muss sich also ihr neues Organisationsverständnis jenseits der
198 gescheiterten Modelle suchen. Dabei steht sie erst am Beginn der Erarbeitung eines
199 entsprechenden Selbstverständnisses. Zentrale Elemente sollten dabei die Sicherung und die
200 Erweiterung der innerparteilichen Demokratie, die Stärkung der Mitwirkungsrechte der
201 Mitglieder sowie die Gewährleistung von Transparenz bei der innerparteiliche
202 Entscheidungsfindung sein.

203 Die Wochen vor unserem Landesparteitag waren von einer Führungskrise auf der
204 Bundesebene gekennzeichnet. Der Parteiführung und den Akteurinnen und Akteuren in der
205 Partei muss es in den kommenden Wochen bei der Vorbereitung des Bundesparteitages und
206 in dessen Ergebnis wieder gelingen, länder- und flügelübergreifend in der politischen Arbeit
207 an dem auf dem Berliner Bundesparteitag erzielten Konsens anzuknüpfen. Die Spitzen der
208 Partei, die Mitglieder des Bundesvorstandes, des Bundesausschusses und die
209 Bundesparteitagsdelegierten tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass dieser Konsens
210 dauerhaft trägt, er über alle Konflikte hinweg immer wieder neu hergestellt wird und dafür,
211 dass die Partei als Ganzes den Versuchungen, den Sieg der einen Position über die andere zu
212 organisieren, widersteht. Jeder der einen solchen „Sieg“ in welcher Form auch immer
213 anstrebt, kämpft zugleich für eine erneute historische Niederlage der deutschen Linken. Der
214 brandenburgische Landesverband wird sich solchen Tendenzen energisch widersetzen.

215 Die Partei muss die Konflikte der vergangenen Monate in einer Weise aufarbeiten, die ihre
216 Strukturen und ihr Selbstverständnis nicht beschädigt sondern in positiver Weise weiter
217 entwickelt. Dafür ist es notwendig, sich auf bestimmte Grundsätze zu besinnen:

218 1. In der Partei muss nach Regeln gearbeitet werden – nach satzungsrechtlichen Regeln,
219 arbeitsrechtlichen Regeln und den Regeln des solidarischen Umgangs miteinander.

220 2. Inhaltliche Konflikte in der Partei müssen politisch ausgetragen und von den zuständigen
221 Gremien entschieden werden, im Wesentlichen von den für die Klärung zuständigen
222 Parteitagern der jeweiligen Ebenen. Inhaltliche Auseinandersetzungen dürfen nicht durch
223 personalpolitische Entscheidungen ersetzt werden.

224 3. Dass Positionen von der Partei durch Wahl besetzt werden, darf keine Formsache sein.
225 Dieses Recht der Partei, verkörpert im Recht des Parteitags, darf nicht geschwächt werden.
226 Das gilt gerade auch dann, wenn sich in den Personalentscheidungen der Partei inhaltliche
227 Differenzen ausdrücken.

228 4. Auseinandersetzungen sollten nicht als West-Ost-Konflikt inszeniert werden, sonst droht
229 ein massiver Rückschlag für das Zusammenwachsen der Partei. Die Kritik an der
230 Koalitionsvereinbarung von Brandenburg aus den Landesverbänden West, wie die Kritik aus
231 Ostlandesverbänden am Wahlprogramm von NRW spiegelt auch die unterschiedliche gesamt-

232 politische Situation, in der sich die Partei in ihren verschiedenen Landesverbänden
233 befindet, wieder. Die gesellschaftliche Realität im Osten ist in zentralen
234 Handlungsfeldern eine andere als in Teilen des Westens. Das lässt sich im Interesse
235 gemeinsamen Handelns weder durch „rote Linien“ noch durch die Rückkehr zu
236 zentralistischen Politikvorstellungen klären. Notwendig ist die gleichberechtigte und
237 demokratische Organisation von Vereinigungs- und Verständigungsprozessen. Das
238 Inszenieren von Entscheidungsschlachten auf machtpolitischer Ebene kann solche Prozesse
239 dagegen nur blockieren.

ÄA 2.10 neu

...

240

241 **3. Die Aufgaben im Landesverband**

242 Die Situation im Landesverband ist durch eine große Dichte von unterschiedlichen
243 Herausforderungen und Problemen gekennzeichnet.

244 Die Bewältigung von sechs unterschiedlichen Wahlkämpfen in nur 18 Monaten hat in einem
245 sehr geringen Maße Zeit für innerparteiliche Verständigungsprozesse gelassen und forderte
246 die Kräfte des Landesverbandes und auch der Leitungen in fast nicht zu bewältigender Weise.
247 Hinzu kamen Findungsprozesse der noch sehr jungen LINKEN. Daraus resultieren eine hohe
248 politische Verunsicherung der Akteure und Multiplikatoren auf allen Ebenen in der Partei
249 sowie vielfältige innerparteiliche Auseinandersetzungen um den politischen Kurs und die
250 strategische Ausrichtung. In Brandenburg koppelten sich diese Probleme mit den bei
251 Listenaufstellungen immer vorhandenen personellen Auseinandersetzungen und spitzten
252 diese zusätzlich zu.

253 Zugleich ist diese Partei eine neue geworden.

254 Die neu installierten Gremien erfüllen die ihnen im Statut übertragenen Aufgaben noch nicht
255 optimal. Die innerparteiliche Willensbildung ist dadurch an vielen Stellen und in
256 unterschiedlicher Weise unterbrochen. Vorstände, Ausschüsse und Fraktionen bilden oft nur
257 zu kleine Ausschnitte der real existierenden Meinungen ab und entscheiden daher mitunter
258 ohne ausreichende Kenntnis der Interessenlagen und Meinungsvielfalt, nicht nur der
259 Mitglieder der Partei sondern auch der Wählerinnen und Wähler. Andererseits fällt es immer
260 mehr Mitgliedern auch schwer, sich in gewohnter Weise intensiv in die vielfältigen
261 Diskussionsprozesse und schnellen wie komplexen Informationsabläufe einzubringen.

262 Auch die Mitgliedschaft der LINKEN hat sich enorm verändert. Die Nachwendegeneration der
263 lange Zeit die PDS prägenden Mitglieder verlässt nach und nach die politische Bühne, eine
264 neue Generation betritt sie, die zum Teil völlig neu in die Politik kommt mit teilweise völlig
265 anderen kulturellen und sozialen Prägungen und mitunter keinerlei praktischen politischen
266 Erfahrungen. Ein großer Teil dieser neuen Genossinnen und Genossen ist sehr jung, woraus
267 auch Dissonanzen zu dem älter werdenden Teil der PDS-Mitglieder und mitunter zum
268 bisherigen Parteiaktiv entstehen. Ehemalige Mitglieder der WASG fühlen sich oft in der neuen
269 LINKEN noch zu wenig willkommen oder hatten sich eine größere, auch persönliche
270 Akzeptanz in ihren Gliederungen erhofft. Hinzu kommt, dass zu wenige Mitglieder bisher
271 bereit sind, die Interessenlagen anderer politischer Handlungsebenen als wichtig für die
272 eigene Meinungsbildung oder das eigene Handeln zu betrachten. Interessen der Kreis-,
273 Landes- oder auch Bundesebene werden zu selten in ihrem Zusammenhang gesehen und
274 respektiert. Mitdenken der jeweils anderen Ebene ist angesichts unserer neuen Position im
275 Land jedoch umso wichtiger.

276 Unsere neue Rolle als Regierungspartei in Brandenburg stellt an jeden von uns völlig neue
277 Anforderungen. Bevor wir den neuen Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an uns
278 gerecht werden können, müssen wir selbst diese kulturelle Herausforderung nach 20 Jahren

279 Opposition meistern.

280 **Wir wollen uns diesen Herausforderungen mit einem Projekt 2020 stellen.**

281

282 **Der Erhalt der LINKEN als Mitgliederpartei**

283 Neue Mitglieder, allein über 650 seit Gründung der Brandenburger LINKEN, aber auch der
284 gleichzeitig noch immer hohe Altersdurchschnitt unserer Partei sind ein wichtiger
285 Ausgangspunkt, Strukturen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und die Mitarbeit und
286 Entscheidungsfähigkeit der Genossinnen und Genossen zu fördern. Nach wie vor hat DIE
287 LINKE Brandenburg nicht etwa zu viele alte Mitglieder, sondern zu wenig junge. Von den
288 9.127 Mitgliedern zum Jahresende 2008 waren gerade 3 % unter 30 Jahren und auch nur
289 weitere 3 % unter 40 Jahren. 52 % unserer Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt bereits älter
290 als 70 Jahre. Obwohl diese Tatsache uns bereits einige Jahre begleitet und die Anstrengungen
291 zur Mitgliederwerbung in dieser Zeit zugenommen haben, hat sich an diesem Zustand nichts
292 Grundlegendes geändert. Es ist jedoch auch keine weitere Verschlechterung eingetreten. Der
293 Altersdurchschnitt liegt weiterhin bei 66,8 Jahren.

294 Zugleich stehen wir vor der Aufgabe eine organisatorische Neuaufstellung der Partei
295 einzuleiten.

296 Wir brauchen ein Mitgliederprojekt 2020 für den Landesverband Brandenburg. Dabei kommt
297 es immer wieder darauf an, nicht nur thematisch an den Problemen der Menschen dran zu
298 sein, sondern sie auch in der Art und Weise, wie wir sie ansprechen, mitzunehmen. Vielfalt
299 der Perspektiven, Lebenserfahrungen und kulturellen Zugänge zu fördern und zu nutzen,
300 Gemeinsamkeiten durch Debatten zu erringen und gemeinsam für politische Ziele zu streiten
301 – das soll ein Markenzeichen unserer Partei sein. Wir wollen neuen wie „alten“ Mitgliedern
302 eine Heimat und politische Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

303 Dies wird nicht von selbst kommen. In den nächsten drei Jahren hat DIE LINKE. Brandenburg
304 voraussichtlich keine Wahlkämpfe als Landesverband zu bestreiten. Daher sollten wir diese
305 Zeit für eine Mitgliederkampagne nutzen. Ziel sollte es sein, als Landesverband in den
306 nächsten drei Jahren eine Vielzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Diese personelle
307 Stärkung des Landesverbands kann letztendlich nur durch eine glaubhafte und an den
308 Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik geschehen. Die konkreten Zielsetzungen
309 sollten in den kommenden Monaten mit und in den Kreisverbänden sowie vor allem auch mit
310 dem Jugendverband diskutiert werden. Zu dieser Diskussion gehört auch eine Debatte, ob
311 und wie die im Landesverband vorhandenen finanziellen Rücklagen zum Teil mit für diese
312 Kampagne genutzt werden können. Diese Debatte sollte bis zur 2. Tagung des 2.
313 Landesparteitages zu einem Ergebnis geführt werden.

314

315 **Eine neue Etappe in der Parteireform**

316 Wir wollen dem Thema Kommunikation künftig Priorität einräumen. Kommunikations- und
317 Informationswege im Landesverband müssen effizienter werden. Es liegt in der
318 Verantwortung des Landesvorstandes und der Kreisvorstände, geeignete vernetzte
319 Informationsstrukturen weiter zu entwickeln. Dazu gehört neben einem sinnvollen System
320 von Beratungen und Konferenzen der deutliche Ausbau eines sicheren Netzes elektronischer
321 und verbaler Kommunikation. Die Kreisverbände bestimmen aber selbst, wie schnell und wie
322 gut wichtige Informationen und Debatten kommuniziert werden.

323 Wir wollen Schlussfolgerungen aus dem Verfahren zur Koalitionsbildung ziehen. So wollen wir
324 eine innerparteiliche Diskussionskultur fördern, die sachliche Kritik ermöglicht. Sie soll von
325 gegenseitigem Vertrauen und Respekt getragen sein. Zugleich wollen wir an die guten

ÄA 3.1

...

326 Erfahrungen mit den Regionalkonferenzen anknüpfen.
327 Gleichzeitig wollen wir Anstrengungen unternehmen, die Arbeitsfähigkeit der
328 Parteigliederungen auch in Zukunft zu erhalten. Das wird auch weiterhin zum größten Teil nur
329 ehrenamtlich gehen. Politische Arbeit darf aber nicht zu physischer Überlastung führen. Wir
330 wollen auf eine enge Verknüpfung unserer Arbeit mit der der Abgeordneten setzen. Wir wollen
331 uns auf Landesebene strukturell neu sortieren und fordern die Kreisverbände auf, ihre
332 Strukturen ebenfalls modernen Anforderungen anzupassen. Dazu gehört eine Analyse der
333 Arbeitsfähigkeit in allen Kreisverbänden und eine Auswertung der Erfahrungen des neu
334 gegründeten Kreisverbandes Lausitz.
335 Dabei wollen wir auch über die Regionalisierung unserer Arbeit nachdenken. Ziel ist es, die
336 Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes zu sichern. Sinkende hauptamtliche
337 Ressourcen müssen durch ehrenamtliche Aktivitäten in den Kreisverbänden kompensiert
338 werden. Dazu wollen wir das Ehrenamt stärken und unterstützen.
339 Wichtig ist dabei ein effizientes Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Strukturen. In
340 vielfacher Form wird Parteiarbeit bereits durch viele GenossInnen in den Kreisen
341 ehrenamtlich geleistet. Ohne sie wäre unser Landesverband nicht arbeitsfähig und dies
342 verdient unsere uneingeschränkte Anerkennung.

343

344 **Die Programmdebatte mit ganzer Kraft führen. Politische Bildung stärken.**

345 Der Landesverband wird sich mit all seinen Erfahrungen in die bundesweite Programmdebatte
346 einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir
347 nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung und gemeinsamer
348 Aneignung. Wir rufen alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auf.

349 Wir wollen die Programmdebatte mit politischer Bildungsarbeit verknüpfen. Dabei sollen
350 vielfältige und zeitgemäße Formen politischen Lernens zur Anwendung kommen und die
351 unterschiedlichen neuen Wege individuellen und gemeinsamen Lernens Berücksichtigung
352 finden. Wir wollen damit so viele Mitglieder wie möglich erreichen und in die Diskussions- und
353 Lernprozesse einbeziehen. Wir wollen, dass Programmdebatte und politische Bildung feste
354 und selbstverständliche Bestandteile unserer politischen Praxis werden.

355 Gerade die Programmdebatte bietet begleitend die Möglichkeit, zu einzelnen
356 Positionen unserer Partei Informations- und Bildungsveranstaltungen anzubieten. Die
357 politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Standbein unseres Landesverbands, da sie
358 unsere Mitgliedern sowohl in Wahlkämpfen als auch in der alltäglichen politischen Praxis
359 ermöglicht, linke Standpunkte inhaltlich zu vertreten und politisch durchzusetzen.

ÄA 3.2 Übernahme

360

361 **Die innerparteiliche Demokratie stärken.**

362 Eine Partei und ihre Politik lebt von der Mitarbeit und dem Engagement ihrer Mitglieder.
363 Innerparteiliche Diskussionen sind nötig und wichtig. Wir wollen deshalb die dafür
364 vorgesehenen Gremien (Vorstände, Landesausschuss, Kleiner Parteitag) weiter stärken und
365 der Gremienarbeit das nötige Gewicht im Landesverband einräumen. Ziel ist es, die
366 Mitgliedschaft in die Lage zu versetzen, die Politik des Landesverbandes – wie z. B. die
367 Regierungsarbeit – nicht nur nachzuvollziehen, sondern ihr auch eine aktive Mitwirkung zu
368 ermöglichen. Die bisher erprobten Schritte um mehr Mitsprache bei der Beschlussfassung im
369 Landesvorstand zu ermöglichen, müssen konsequent ausgebaut werden. Der Landesvorstand
370 unterstützt und stärkt die Tätigkeit der landesweiten Zusammenschlüsse, organisiert
371 gemeinsame Beratungen und berücksichtigt die Arbeitsergebnisse und -materialien der
372 Arbeitsgemeinschaften. Wichtige Beschlüsse sollen noch mehr als bisher in mehreren

373 Lesungen im Landesvorstand und im Landesausschuss beraten werden. Der
374 Landesausschuss soll seine Funktion als Kontrollgremium gegenüber dem Landesvorstand
375 stärker wahrnehmen. Auch Landesparteitage sollen stärker für die innerparteiliche Debatte
376 genutzt werden. Unser Ziel ist es, über den Landesparteitag, den Landesvorstand, den
377 Landesausschuss und die Kreisvorstände einen innerparteilichen Meinungs- und
378 Willensbildungsprozess zu organisieren, der Transparenz sicherstellt und Verbindlichkeit
379 schafft. Die Delegierten und Mitglieder dieser Gremien müssen sich mehr als nur als Vertreter
380 ihrer jeweiligen Region verstehen. Wir wollen ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen,
381 welche Belange im Landesmaßstab bei politischen Entscheidungen zu beachten sind.

382

383 **Der Jugendverband - die nahe Zukunft der Partei.**

384 Zu einer Verjüngung der Partei gibt es keine Alternative. Dazu soll nicht nur das
385 Mitgliederprojekt beitragen, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem
386 Jugendverband. Wir wollen den Jugendverband stärker in die Arbeit der Partei einbinden.
387 Davon soll nicht nur die Partei als Ganzes, sondern auch junge Mitglieder im Einzelnen
388 profitieren können. Wir wollen dem Jugendverband zugleich den nötigen Freiraum schaffen,
389 Politik nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Perspektivisch wollen wir so den nächsten
390 Generationswechsel im Landesverband grundlegend vorbereiten.

Übersicht Änderungsanträge zum Leitantrag

Änderungsantrag 1

Einreicher: Artur Pech

- übernommen

Änderungsantrag 2.1

EinreicherInnen: Katharina Dahme, Norbert Müller, Nadine Heckendorn (delegiert für die Linksjugend ['solid']), Daniel Förster (KV HVL), Sebastian Schild (KV MOL), Markus Günther (KV Barnim), Ronny Besancon (KV Potsdam), Chriss Kühnl (KV Potsdam), Martin Günther, Sebastian Walter (beide KV Barnim), Philipp Vogel (KV MOL)

- offen, Heft 3,
Seite 21

Änderungsantrag 2.2

EinreicherInnen: Katharina Dahme, Norbert Müller, Nadine Heckendorn (delegiert für die Linksjugend ['solid']), Christopher Voß (KV LOS), Daniel Förster (KV HVL), Sebastian Schild (KV MOL), Markus Günther (KV Barnim), Ronny Besancon (KV Potsdam), Chriss Kühnl (KV Potsdam), Martin Günther, Sebastian Walter (beide KV Barnim), Felix Syrovatka (KV TF), Philipp Vogel (KV MOL), Florian Willner (KV Brb. a.d.H.)

- übernommen

Änderungsantrag 2.3

- zurückgezogen

Änderungsantrag 2.4

- zurückgezogen

Änderungsantrag 2.5

- zurückgezogen

Änderungsantrag 2.6

EinreicherInnen: Katharina Dahme, Norbert Müller, Nadine Heckendorn (delegiert für die Linksjugend ['solid']), Christopher Voß (KV LOS), Daniel Förster (KV HVL), Sebastian Schild (KV MOL), Markus Günther (KV Barnim), Chriss Kühnl (KV Potsdam), Martin Günther (KV Barnim), Felix Syrovatka (KV TF), Philipp Vogel (KV MOL), Florian Willner (KV Brb. a.d.H.)

- offen, Heft 3,
Seite 22

Änderungsantrag 2.7 neu

EinreicherInnen: Katharina Dahme, Norbert Müller (delegiert für die Linksjugend ['solid']), Chriss Kühnl (KV Potsdam), Ronny Besancon (KV Potsdam), Martin Günther, Sebastian Walter (beide KV Barnim), Felix Syrovatka (KV TF), Philipp Vogel (KV MOL), Florian Willner (KV Brb. a.d.H.)

- offen

Z 121-136

Ersetze von „Für uns ist der Begriff...“ bis „...Umbau der Gesellschaft stehen.“ durch:

„Für uns ist der demokratische Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem von zentraler Bedeutung. Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde jeder und jedes Einzelnen wirklich unantastbar ist, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Menschen im Gleichklang mit der Natur leben. Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Dabei müssen wir dogmatische Einengungen vermeiden, denn DIE LINKE hat aus den Erfahrungen des „Realsozialismus“ gelernt. Mit unserem Politikansatz sind wir für alle Menschen offen, die wie wir für einen notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft stehen. Dies macht uns unterscheidbar von den anderen Parteien und ist auch eine Antwort auf manche Parteivereinigungsüberlegungen.“

Begründung:

Die bisherigen Zeilen sind wenig lesbar und durch Worthülsen angereichert. Auch die Einführung des Begriffes des Demokratischen Sozialismus ist hier wenig hilfreich, solange der politische Inhalt nicht geklärt ist. Die reine inhaltfreie Belegung und Inanspruchnahme der Begrifflichkeit unterscheidet uns eben nicht von anderen Parteien. Auch die SPD bezieht sich schließlich auf einen völlig entkernten Sozialismusbegriff. Unser in den Programmatischen Eckpunkten festgelegter politischer Anspruch als soziale, demokratische und ökologische Erneuerungspartei hingegen ist ein Alleinstellungsmerkmal, das es zu betonen gilt. In der Programmdebatte sollte es darum gehen, diesen Anspruch mit einem modernen Begriff des Demokratischen Sozialismus anzureichern und uns damit auch deutlich vom „Sozialismus“-Verständnis der SPD abzugrenzen.

Änderungsantrag 2.8

- übernommen

Änderungsantrag 2.9

- übernommen

Änderungsantrag 2.10 neu

- offen

EinreicherInnen: Katharina Dahme, Norbert Müller (delegiert für die Linksjugend [solid]), Daniel Förster (KV HVL), Ronny Besancon (KV Potsdam), Chriss Kühnl (KV Potsdam), Martin Günther, Sebastian Walter (beide KV Barnim), Felix Syrovatka (KV TF), Philipp Vogel (KV MOL), Florian Willner (KV Brb. a.d.H.)

Z 217-219

Die beiden Sätze von "Die gesellschaftliche Realität..." bis „...Politikvorstellungen klären." ersetzen durch:

„Die politische Realität im Osten ist in zentralen Handlungsfeldern eine andere als in den meisten Teilen des Westens. Das mag bedeuten, dass unterschiedliche Herangehensweisen gefordert sind, um linke Politik durchzusetzen. Dennoch gibt es auch verbindende Gemeinsamkeiten, die alle Mitglieder teilen: Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die

Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Regierungsbeteiligung muss die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels fördern. Zu diesem Zweck sind rote Linien unumgänglich. Wir ziehen sie im Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte, für eine gerechte Verteilung der Arbeit in einer humanisierten Arbeitswelt und für einen erneuerten solidarischen Sozialstaat.“

Begründung:

Die Partei DIE LINKE ist im Westen eine andere als im Osten, und das betrifft auch große Teile der Mitgliedschaft. Worin sich aber die gesellschaftliche Realität so grundlegend unterscheiden soll, ist unklar und wird durch den Text auch nicht erklärt. Steigende Arbeitslosigkeit bzw. prekäre Arbeitsverhältnisse, schlechte Bildungsbedingungen, Abbau oder Privatisierung der Daseinsvorsorge – die gesellschaftlichen Realitäten unterscheiden sich kaum. Stattdessen sind die politischen Realitäten durchaus andere, v.a. was Hintergrund der Mitgliedschaft, Verankerung in der Bevölkerung und Einfluss auf die (Regierungs-)Politik betrifft. Unklar ist, warum keine „roten Linien“ gezogen werden sollten. Die Erfolge der Partei DIE LINKE in Ost und West basieren auf ihrer Glaubwürdigkeit und strikten Ablehnung von Krieg als politischem Mittel, von Sozialabbau und Entdemokratisierung. Diese Positionen sind nicht nur richtig, sie unterscheiden uns auch von allen anderen Parteien. Sollten diese „roten Linien“ übertreten werden, so wäre das ein vorzeitiges Aus einer progressiven, dem demokratischen Sozialismus zugewandten Linken als Partei wie auch als Bewegung. DIE LINKE ist derzeit die einzige Partei, die das Vertrauen der Menschen noch nicht verspielt hat – und das unter anderem deswegen, weil sie eben nicht um jeden Preis regiert.

Änderungsantrag 3.1

- offen

Einreicher: Daniel Förster

Z. 285-286

Ersetze die beiden Sätze von „Ziel sollte es ...“ bis „... diskutiert werden.“ durch:

„Ziel sollte es sein, als Landesverband in den nächsten drei Jahren eine Vielzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Diese personelle Stärkung des Landesverbands kann letztendlich nur durch eine glaubhafte und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik geschehen. Die konkreten Zielsetzungen sollten in den kommenden Monaten mit und in den Kreisverbänden sowie vor allem auch mit dem Jugendverband diskutiert werden.“

Begründung:

Kennziffern zur Planerfüllung haben keine konkrete Bedeutung, wenn es um die Gewinnung neuer Mitglieder geht, denn so funktioniert eine Mitgliedergewinnung nun einmal nicht. Stattdessen spielt vor allem das Bild eine Rolle, das sich die Bevölkerung Brandenburgs von der Partei DIE LINKE macht. Dass dieses Bild einerseits durch konkrete Tagespolitik und andererseits durch grundsätzliche Ziele und Ideale unserer Partei geprägt wird, sollte klar sein. Es geht also darum, nicht eine bestimmte Mitgliederzahl anzustreben, sondern mit guter Politik und einer entsprechend effektiven Begleitung durch Presse- und Kampagnenarbeit so viele neue Mitstreiter wie möglich zu finden.

Änderungsantrag 3.2

- übernommen

Einreicher: Daniel Förster
Z. 326-327

Hinter „... Diskussion einbeziehen.“ einfügen:

„Gerade die Programmdebatte bietet begleitend die Möglichkeit, zu einzelnen Positionen unserer Partei Informations- und Bildungsveranstaltungen anzubieten. Die politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Standbein unseres Landesverbands, da sie unsere Mitgliedern sowohl in Wahlkämpfen als auch in der alltäglichen politischen Praxis ermöglicht, linke Standpunkte inhaltlich zu vertreten und politisch durchzusetzen.“

Begründung:

Der Rahmen der Programmdebatte muss genutzt werden, um unseren Mitgliedern und Sympathisanten neue Werkzeuge und Argumentationsmöglichkeiten in der politischen Praxis und den zukünftigen Wahlkämpfen in die Hand zu geben. Gerade anhand der einzelnen Punkte des neuen Parteiprogramms können grundlegende linke Positionen eingehender vorgestellt und kritisch diskutiert werden. Dies hilft einerseits den einzelnen Basisgruppen, ihre eigenen Meinungen herauszubilden. Andererseits ermöglicht es ein besseres Vertreten dieser Meinung nicht nur während der Programmdebatte selbst, sondern vor allem auch in der konkreten politischen Arbeit. So können insbesondere noch unerfahrenere Mitglieder auf konkrete politische Arbeit vorbereitet werden.

Änderungsantrag 4 zum Leitantrag

- offen

Einreicher: Katrin Leppich, Reinhard Loeff, Siegrid Mertineit, Mirko Meschkank, Kerstin Nedoma, Diethelm Pagel (DIE LINKE. Lausitz)

Streichen: in Zeilen 38-41

„Bei Hartz IV fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband eine „Totalrevision“. Mittlerweile gibt es fast jeden Tag neue Vorschläge, um Hartz IV zu verändern. Die anderen Parteien überarbeiten Hartz IV, weil wir sie dazu zwingen. Für den gesetzlichen Mindestlohn werben neben der Partei DIE LINKE und den Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne.“

Dafür einfügen:

Bei Hartz IV bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung aus den Wahlkämpfen „Hartz IV muss weg“. Es muss ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Begründung:

In Zeile 38-41 nennt der Leitantrag überwiegend Forderungen anderer Organisationen.

Unsere Forderung muss klar formuliert werden.

Anders als im Änderungsantrag 1 zu Zeile 38-39 wollen wir uns im **Ziel Hartz IV nicht anschließen**, da wir existenzsichernde Alternativen wie den ÖBS vertreten.

Ungeachtet dessen sollten wir uns aktuellen politischen Entscheidungen zur Aufstockung von Hartz IV und bedarfsgerechten Regelsetzen für Kinder zustimmen.

Änderungsantrag 5 zum Leitantrag

- offen

Einreicher: Günther Waschkuhn

(Zu „Die Aufgaben im Landesverband“ – nach Zeile 256)

„Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und die Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen im Rahmen der inhaltlichen Gemeinsamkeiten sind zentrale Aufgaben des Landesverbandes.“

Begründung:

Der Stellenwert der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wird im Rechenschaftsbericht (S.10) ausdrücklich erwähnt. Im Leitantrag wird dieses zentrale Handlungsfeld, dessen Bedeutung angesichts sich verschärfender sozialer Konflikte zunehmen wird, nicht genannt. Deshalb ist es in die Aufgaben des Landesverbandes mit aufzunehmen.

Änderungsantrag 6 zum Leitantrag

- offen

EinreicherInnen: LandessprecherInnenrat der Linksjugend ['solid], Ronny Besancon (KV Potsdam), Martin Günther, Sebastian Walter (beide KV Barnim), Florian Willner (KV Brb. a.d.H.)

Abschnitt „*Der Jugendverband - die nahe Zukunft der Partei. ...*“ bis „Generationswechsel im Landesverband grundlegend vorbereiten.“ ersetzen durch:

„Über die Rolle des Jugendverbandes

Zu einer Verjüngung der Partei gibt es keine Alternative. Dazu soll nicht nur das Mitgliederprojekt beitragen, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Jugendverband. Die Linksjugend ['solid] hat in den vergangenen Jahren eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Zahl der aktiven Mitglieder entwickelt sich positiv, Angebote des Landesjugendverbandes werden zunehmend genutzt und die Arbeit der Landesgeschäftsstelle wurde professionalisiert. 2008 und 2009 gelang es, den Jugendverband in die zu bewältigenden Wahlkämpfe, ihre politisch-strategische Planung und Auswertung sowie in die programmatischen Debatten einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen Landespartei und Jugendverband hat sich so stetig verbessert, zunehmend übernehmen junge Mitglieder Verantwortung auf Kreis- und Landesebene. Zukünftig soll der Jugendverband noch stärker in die Arbeit der Partei eingebunden werden. In der täglichen politischen Arbeit ist es jedoch wichtig, dem Jugendverband weiterhin den nötigen Freiraum zu schaffen, Politik nach seinen Vorstellungen und strategischen Zielstellungen zu gestalten.

Gemeinsame Projekte wie die erfolgreichen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche und die durchgeführten Volksinitiativen sollen weiterhin gefördert werden. Insbesondere in das zu planende Mitgliederprojekt wird die Linksjugend ['solid] als eine wichtige Stütze einbezogen werden und auch in der anstehenden Programmdebatte trägt der Jugendverband eine Mitverantwortung.

Der angestrebte Generationswechsel in der Partei ist nur durch enge Zusammenarbeit und steten Austausch realisierbar. Eine weitere Stärkung des Jugendverbandes ist mithin Voraussetzung für den weiteren Aufbau der Landespartei.“

1 **Antrag 2 – Neufassung**
2 **Gemeinsinn und Erneuerung in Brandenburg**
3 **– die Arbeit hat begonnen!**

4 Einreicher: Landesvorstand

5

6 I.

7 Die brandenburgische LINKE ist in schwierigen Zeiten, unter schwierigen Umständen und
8 nicht fehlerfrei in die Regierungsverantwortung gestartet. Doch so kompliziert der Start auch
9 war, so schwierig sich die finanziellen Bedingungen und bundespolitischen
10 Herausforderungen auch gestalten mögen: Gerade deswegen bekräftigen wir unser
11 Vorhaben, alles in unserer Kraft stehende für ein solidarisches Brandenburg zu tun – für gute
12 Arbeit und gute Bildung, für starke Kommunen und eine stabile öffentliche Daseinsvorsorge in
13 allen Regionen sowie für eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes, für gute
14 Beziehungen zu unseren Nachbarn in Deutschland und Polen.

15 Wir werden uns eigenen Fehlern stellen und sie nach Kräften korrigieren. Wir werden jedem
16 Druck widerstehen, der Rot-Rot in Brandenburg blindlings als illegitim bekämpft und um jeden
17 Preis beenden will. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Brandenburg, für eine linke
18 Alternative im Bund und in Europa.

19 Mit dem Koalitionsvertrag 'Gemeinsinn und Erneuerung' haben wir dafür eine gute und
20 belastbare Grundlage. Die meisten unserer Schlüsselvorbereitungen, für die wir im Wahlkampf
21 geworben haben, finden sich in diesem Vertrag wieder. Der Vertrag trägt klare linke Akzente
22 – jetzt kommt es darauf an, die Landespolitik so zu gestalten, dass diese Akzente Wirklichkeit
23 werden. Der Koalitionsvertrag ist die Basis für eine gute Regierungstätigkeit in Brandenburg,
24 für eine verantwortungsvolle soziale Modernisierung und schließlich auch für den Erfolg
25 unserer Partei.

26 Gute Arbeit – gerade auch für Langzeitarbeitslose und gering Verdienende – sowie gute
27 Bildung – für alle, von Anfang an – stehen dabei im Zentrum. Im Öffentlichen Dienst kämpfen
28 wir dafür, dass trotz geringer werdender Ressourcen und trotz Bevölkerungsrückgang
29 Neueinstellungen möglich werden und junge Leute eine Chance im Landesdienst erhalten.
30 Die öffentliche Daseinsvorsorge und die Handlungsfähigkeit der Kommunen werden wir
31 stärken; Privatisierungen will diese Koalition nicht.

32

33

34 II.

35 Die SPD-LINKE-Koalition hat in den ersten Monaten bereits wichtige Weichen für eine soziale
36 Modernisierung unseres Landes gestellt.

37

38 Unter Verantwortung von Finanzminister Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE) wurde ein
39 Landshaushalt aufgestellt, der trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der
40 Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben
41 des Koalitionsvertrages gewährleistet und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen
42 für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpft.

43 Wir bestärken die Landesregierung und insbesondere den Finanzminister darin, den
44 Solidarpakt II im Interesse Ostdeutschlands insgesamt zu verteidigen und alle Versuche
45 zurückzuweisen, den Länderfinanzausgleich zugunsten der so genannten „Südländer“

46 umzugestalten. Mit der Bildung der rot-roten Koalition in Brandenburg werden jene Kräfte in
47 Deutschland deutlich gestärkt, die die bundesstaatliche Ordnung weiter als ein kooperatives
48 und solidarisches Modell betrachten und den Übergang zu einem „Wettbewerbsföderalismus“
49 verhindern wollen, der der unsozialen neoliberalen Standortlogik folgt. Der in jeder Hinsicht
50 gescheiterte Neoliberalismus darf nicht auf diesem Weg zu neuer Lebenskraft finden.
51 Darüber hinaus wird sich das Land Brandenburg für eine EU-weite Einführung einer
52 Transaktionssteuer und das Verbot des außerbörslichen Handels mit hochspekulativen
53 Verbriefungen und Optionen einsetzen, die im Wesentlichen zur aktuellen Finanzkrise geführt
54 haben.

55
56 Auf der Grundlage der soliden rot-roten Finanzpolitik wird es möglich, Bildung zu einem
57 maßgeblichen Schwerpunkt der Regierungsarbeit zu machen. Zentrale Maßnahmen werden
58 die bereits in Angriff genommene Einführung des Schüler-Bafögs und die Verbesserung des
59 Kita-Personalschlüssels. Zudem wird das Land Brandenburg so viele Lehrer einstellen wie
60 noch nie seit 1990. Um die im bundesweiten Vergleich gute Schüler-Lehrer-Relation zu
61 halten, werden wir in der Legislaturperiode 1.250 Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst
62 holen, möglichst viele von ihnen bereits in diesem Jahr. Die beiden Koalitionsparteien haben
63 sich auch darauf geeinigt, gemeinsam mit den Initiatoren der Volksinitiative zur Stärkung der
64 Musikschulen das Gespräch zu suchen.

65
66 Linke Wirtschaftspolitik zielt darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität
67 eine untrennbare Einheit bilden. Die rot-roten Koalitionen, die jetzt in Brandenburg und in
68 Berlin regieren, werden neue Chancen für den gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum
69 erschließen. Beide Länder kämpfen für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und
70 wollen eigene Mindestlohngesetze für die Vergabe öffentlicher Aufträge – in Brandenburg
71 entstanden die entsprechenden Eckwerte unter Verantwortung von Wirtschafts- und
72 Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE).

73 Linke Wirtschaftspolitik in Brandenburg zeichnet sich zudem dadurch aus, dass die Stärken
74 des Landes weiter gekräftigt, zugleich aber auch die Schwächen reduziert werden. Dazu
75 werden die Förderinstrumente weiter entwickelt und präzisiert. Wir unterstützen die
76 Bemühungen beider Wirtschaftsressorts, die Innovationsstrategien von Brandenburg und
77 Berlin weiter zusammen zu führen. Es ist sinnvoll, sich zum gegenseitigen Vorteil auf die am
78 meisten Erfolg versprechenden Wachstumsbranchen zu konzentrieren.

79 Bei der Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur in
80 Brandenburg setzen wir auf Instrumente wie die „Brandenburger Innovationsgutscheine“, die
81 kleine und mittlere Unternehmen inkl. Handwerksunternehmen bei der Kooperation mit
82 Hochschulen oder Forschungsinstituten unterstützen. Mit einem weiteren Programm wird
83 geholfen, neue Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien zu
84 erschließen. In Kürze soll zudem ein Fonds eingerichtet werden, der die
85 Eigenkapitalausstattung junger technologieorientierter Unternehmen verbessert. Damit
86 werden Startchancen vielfach überhaupt erst eingeräumt, denn Privatinvestoren sind zumeist
87 nicht bereit, das in der Frühphase bestehende hohe Risiko einzugehen.

88
89 Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) verrichten künftig nicht nur in Berlin,
90 sondern auch in Brandenburg Erwerbslose gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit,
91 die ihnen neue berufliche Perspektiven eröffnet. Und das in regulären
92 Beschäftigungsverhältnissen zu Tariflöhnen – aber nicht unter gesetzlichem

93 Mindestlohniveau. Die Bundesregierung hat jetzt die Verteilung der Arbeitsmarktmittel
94 geändert. Berlin erhält bereits weniger Geld, als für das Jahr 2010 schon vertraglich
95 festgelegt ist. Doch der Berliner Senat und die brandenburgische Landesregierung haben
96 sich mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die die Bundesmittel verwaltet,
97 auf einen neuen Weg verständigen können. Zukünftig werden wir endlich auch die
98 Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante (AGH-E) nutzen und aus Landesmitteln aufstocken
99 können. Dass es trotz der Einsparungen und des Kurswechsels auf Bundesebene gelingt, den
100 ÖBS in Berlin weiter- und in Brandenburg einzuführen und damit einen anderen Weg als der
101 Bund zu beschreiten, ist dem Zusammenwirken der beiden Landesregierungen gegenüber der
102 Regionaldirektion zu verdanken. Rot-rot wirkt zusammen in Berlin und Brandenburg.

103
104 Das Prinzip der Nachhaltigkeit zur systematischen Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit,
105 ökologischer Verantwortung, ökonomischer Entwicklung und demokratischer Teilhabe wird
106 nach dem Willen der Koalition einen herausgehobenen Stellenwert besitzen. Es soll – mehr
107 noch als bisher – Maßstab für das Regierungshandeln sein und wirksam in alle Politikbereiche
108 integriert werden. Unter Verantwortung der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und
109 Verbraucherschutz, Anita Tack (DIE LINKE), werden bis Ende Oktober 2010 Eckpunkte für
110 eine Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und zur Diskussion im Parlament und der
111 Zivilgesellschaft gestellt. Wir legen darauf hohen Wert, damit die für eine erfolgreiche
112 Entwicklung des Landes wichtigen Potenziale auf Dauer gesichert werden können.

113 Dafür ist es erforderlich, das nötige Wissen verfügbar zu machen sowie den Dialog über Ziele
114 und Wege nachhaltiger Entwicklung mit der Gesellschaft zu führen. Beides hat der „Beirat für
115 Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“ aus der abgelaufenen Berufungsperiode mit
116 Erfolg begonnen. Diese Arbeit wird der neu zu berufende Nachhaltigkeitsbeirat beim
117 Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) fortsetzen können.

118 Im Sinne des ganzheitlichen Anspruchs von Nachhaltigkeit sieht sich das von der LINKEN
119 geführte MUGV einem integrativen Politikansatz unter dem Motto „Umwelt erhalten –
120 Gesundheit fördern – Verbraucherschutz stärken“ verpflichtet und wird sich als Ministerium
121 zur Sicherung von Lebensqualität in Brandenburg profilieren.

122 Zu wirksamer Nachhaltigkeitspolitik gehören effektive umwelt- und naturschutzrechtliche
123 Genehmigungsverfahren und effiziente Anlagenüberwachung ohne Senkung des
124 Umweltschutzniveaus. Die Umsetzung der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie, der
125 Umgebungslärmrichtlinie und der Luftqualitätsrichtlinie bedürfen der unbürokratischen
126 Realisierung auf hohem Umweltschutzniveau zur Sicherung der Lebensqualität.

127 Die Stärkung und Entwicklung der Großschutzgebiete als Brandenburger Beitrag der
128 Nationalen Naturlandschaften soll dem Ziel dienen, diese Gebiete als Modellregionen für eine
129 nachhaltige Entwicklung und als wichtigen Ankerpunkt für die Profilierung Brandenburgs im
130 Naturtourismus zu etablieren. Unsere Wildkorridore werden dazu beitragen, die biologische
131 Vielfalt zu vergrößern und bedrohten Arten wieder einen Lebensraum in Brandenburg zu
132 bieten.

133 Im Rahmen der anstehenden Novellierungen des Wasserrechts und des Naturschutzgesetzes
134 zur Umsetzung der bundeseinheitlichen Regelungen soll geprüft werden, inwieweit für die
135 Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser zum Zwecke der Freimachung und Freihaltung
136 von Lagerstätten, Erdgasspeichern sowie zur Wasserhaltung von Tagebaulöchern ein
137 Nutzungsentgelt erhoben werden soll. Ergänzend zu den Initiativen der Landesregierung
138 gegen weitere Privatisierungen von öffentlichen Gewässern sollen im Brandenburgischen
139 Naturschutzgesetz Regelungen zur öffentlichen Nutzung und zum freien Zugang der Gewässer

140 verankert werden.
141 In der gemeinsamen Verantwortung von Umwelt- und Wirtschaftsministerium liegt es, die
142 Nutzung von fossilen Brennstoffen wie der Braunkohle gegenüber erneuerbaren Energien
143 zurückzufahren. Ob es in Brandenburg zu einer großflächigen Einlagerung von Kohlendioxid
144 kommen wird, machen wir abhängig von den Ergebnissen der Erforschung und Prüfung der
145 sog. CCS-Technologie. Der Braunkohletagebau ist mit hohen Umweltbelastungen verbunden
146 und muss mittelfristig beendet werden.
147 Wir setzen deshalb darauf, bis zum Jahre 2020 mindestens 20 Prozent des Energiebedarfs
148 Brandenburgs aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Teil des sozialökologischen
149 Umbaus im Sinne der Nachhaltigkeit muss aber auch die Einsparung von Energie sein. Dazu
150 werden wir in der Wirtschafts-, der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik darauf hinwirken,
151 den Bürgerinnen und Bürgern Hilfen zum Energiesparen anzubieten.
152 Eine nachhaltige Entwicklung ist keine Angelegenheit allein von Regierungshandeln, Gesetzen
153 oder Verordnungen. Nachhaltigkeit muss ein gesellschaftlich praktiziertes Prinzip sein, das
154 eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung auf allen politischen Ebenen sichert. Wir
155 begrüßen alles, was dem dient. Das gilt z. B. für den geplanten Landeswettbewerb
156 „Bioenergiedörfer“, mit dem kommunale Konzepte für eine umfassende und integrierte
157 Nutzung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum angeregt werden sollen, oder für die
158 Fortführung der Umweltpartnerschaft mit den Kammern, Verbänden der Wirtschaft und
159 möglichst auch den Gewerkschaften.
160
161 Die rot-rote Koalition in Brandenburg hat sich zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik
162 verpflichtet, bei der die erneuerbaren Energien Vorrang haben.
163 DIE LINKE sieht die Sicherung dieses Vorranges als strategische Herausforderung für eine
164 zukunftsfähige Brandenburgische Energiepolitik an.
165 Wir bestärken Wirtschaftsminister Christoffers darin, den Kreis jener zu erweitern, die in den
166 Genuss von Fördermitteln für erneuerbare Energien kommen können. Eine entsprechende
167 Prüfung läuft derzeit in seinem Ministerium.
168 DIE LINKE als Regierungspartei hat sich gemeinsam mit dem Koalitionspartner dem
169 verstärkten Einsatz neuer Energietechnologien verschrieben. Dabei geht es nicht allein um die
170 technische Machbarkeit und um die nötigen finanziellen Mittel, sondern auch um die
171 Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft. Regionale, ökologische und soziale Konflikte sind
172 dabei unvermeidlich – wir wollen sie politisch begleiten und für Akzeptanz sorgen.
173
174 Neue Kraft bringt Rot-Rot in Brandenburg und Berlin auch für die Verbraucherschutz-Politik –
175 insbesondere für die Stärkung der rechtlichen Position und der Kompetenz der Verbraucher
176 gegenüber Anbietern. Die von der EU-Kommission angestrebte Vereinheitlichung des
177 Verbrauchervertragsrechts zur Stärkung des innergemeinschaftlichen Wirtschaftsverkehrs
178 darf nicht zu einer Absenkung der bestehenden Verbraucherrechte führen. Besonderen Wert
179 legen wir auf die Stärkung der Verbraucherrechte im Bereich der Finanzmärkte.
180 Finanzvermittler müssen künftig eine solide Qualifikation nachweisen. Undurchsichtige
181 Provisionssysteme sollen abgeschafft werden. Produktinformationen müssen verständlich
182 sein. Wir wollen, dass die Aufsicht über die Finanzmärkte zügig gestärkt wird.
183 Der Verbraucherschutz liegt bei der LINKEN in guten Händen. Die Brandenburgerinnen und
184 Brandenburger können und müssen erwarten, dass das Land alles tut, um auf Krisenfälle
185 vorbereitet zu sein. Infektionsschutz, Notfallvorsorge auf Krisenfälle, Tierschutz und
186 Tierseuchenbekämpfung sind Bausteine eines verantwortungsvollen Verbraucher- und

187 Gesundheitsschutzes. Verlässliche Kontrollen, ein Qualitätssicherungssystem, sichere
188 Prognosemethoden, objektive Informationen und ein enges Zusammenwirken unabhängiger
189 Verbraucherinstitutionen mit staatlichen Behörden werden diese Politik ebenso auszeichnen.
190 wie eine stärker zielgruppenorientierte Verbraucherinformation, Verbraucherbildung und
191 Verbraucherberatung.

192
193 Die Gesundheitspolitik der rot-roten Koalition hat den Anspruch, für soziale Gestaltung,
194 gesundheitliche Förderung und Vorsorge sowie medizinische Versorgung für alle zu sorgen.
195 Sie bezieht Lebensverhältnisse wie Arbeit, Wohnung, Umwelt, Ernährung und Bildung ein. Mit
196 dem Zuschnitt des neuen Ressorts ist die Chance gegeben, präventive und
197 gesundheitsfördernde Faktoren stärker in den Fokus der Landespolitik zu stellen. All das wird
198 sich in einem Masterplan Gesundheit Berlin-Brandenburg widerspiegeln.

199 In Brandenburg liegt die größte Herausforderung bei der medizinischen Versorgung in der
200 Fläche des Landes. Unter Einbeziehung länderübergreifender Kooperationen müssen dabei
201 innovative Lösungen und Instrumente gesucht und erprobt werden, die die Daseinsvorsorge
202 im ländlichen Raum sicherstellen und die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten begünstigen.
203 Als weitere Schwerpunkthemen betrachten wir die Prävention und Gesundheitsförderung im
204 Alter sowie die Entwicklung einer Landes-Psychiatrieplanung. Es ist wichtig, dass gerade bei
205 diesen Aufgaben von Anfang an eng mit den organisierten Verbänden der
206 Gesundheitsfachberufe, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen zusammen gearbeitet wird.
207 Die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ist durch die Koalitionsvereinbarung gesichert.
208 Bei der Umsetzung wird es darauf ankommen, die jeweiligen Träger vor Ort in die Lage zu
209 versetzen, Zuwendungen des Landes bedarfsgerecht und anlassbezogen flexibel zu
210 verwenden.

211
212 Ein soziales Gesundheitssystem muss die Prävention und Gesundheitsförderung stärker in
213 den Fokus stellen. Unsere Programme, die wir gemeinsam mit den Krankenkassen und den
214 Akteuren im Gesundheitssystem umsetzen, beginnen bei der Vorsorge von Kindern und
215 umfassen Angebote für ältere Brandenburgerinnen und Brandenburger, um auch bei
216 nachlassenden körperlichen und geistigen Fähigkeiten möglichst lange gesund zu bleiben.

217 Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen brauchen unsere besondere Fürsorge. Mehr
218 ambulante Behandlungsmöglichkeiten, aber auch qualifizierte Hilfe in den psychiatrischen
219 Krankenhäusern haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Dazu richten wir neben den bereits
220 bestehenden Psychiatrie-Besuchskommissionen einen Landespsychiatriebeirat ein. Bei
221 diesen Aufgaben werden wir von Anfang an eng mit den Gesundheitsfachberufen, den
222 Selbsthilfe- und Patientenorganisationen sowie den Krankenkassen zusammen arbeiten.

223 Große Chancen liegen in der schrittweisen Vertiefung der regionalen Kooperation zwischen
224 Berlin und Brandenburg. Gerade durch den vergleichbaren Aufgabenzuschnitt der von der
225 LINKEN geführten Ministerien und Senatsverwaltungen für Umwelt, Gesundheit und
226 Verbraucherschutz sowie für Wirtschaft bieten sich gute Möglichkeiten zur Herausbildung
227 einer gemeinsamen Klimaschutz- und Energieregion, einer Gesundheitsregion, einer vertieften
228 Kooperation zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Verbraucherschutz in der Region, die
229 DIE LINKE konsequent nutzen wird.

230
231 Mit dem Übergang der Zuständigkeit für Europa und internationale Angelegenheiten auf das
232 neue Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten werden die dort gesammelten
233 Erfahrungen im innerstaatlichen, außenwirtschaftlichen und beihilferechtlichen Bereich mit

234 den ökologischen und sozialen Erfordernissen im Lande koordiniert - um so die
235 brandenburgischen Interessen frühzeitig im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess
236 der EU zu artikulieren. Intensiv setzt sich DIE LINKE zudem für eine Fortführung der
237 Kohäsionspolitik der EU ein.

238 Europapolitik reduziert sich jedoch nicht auf Wirtschaftspolitik. Es geht zugleich darum, die
239 zivilgesellschaftlichen Aspekte europäischer Entwicklung zum Tragen zu bringen. Dafür hat
240 Brandenburg gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn eine besondere Verantwortung.

241 Noch in diesem Jahr werden wir konkrete Schritte einleiten, die den Stellenwert der
242 Europapolitik in der Landespolitik erhöhen sollen. Wir wollen den Verfassungsauftrag zur
243 frühzeitigen und umfassenden Beteiligung des Landtages in Bundes- und
244 Europaangelegenheiten endlich umsetzen. Wir wollen eine Stärkung der Euroregionen und -
245 vor dem Hintergrund einer erneut sehr geringen Wahlbeteiligung bei der Europawahl - die
246 europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verbessern. DIE LINKE wird sich für eine soziale
247 Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen einsetzen, so wie unsere Partei und die
248 SPD es im Sommer 2009 mit dem DGB vereinbart hatten und es im Koalitionsvertrag auf
249 unsere Initiative hin festgeschrieben wurde.

250 Nach dem Spitzentreffen von Politikern aus Deutschland und Polen zur Oderpartnerschaft am
251 13. Januar 2010 in Potsdam haben wir im Landtag ein breites Echo auf unsere Vorschläge zur
252 Stabilisierung und Erweiterung dieser Kooperation erfahren: Die stärkere Einbeziehung der
253 Regierungen in Berlin und Warschau, mehr Engagement seitens des Landtages, stabile und
254 kompetente Strukturen in der Landesverwaltung und die thematische Auswertung der
255 Zusammenarbeit, insbesondere und gerade vor dem Hintergrund der vollen
256 Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011, stehen auf der Tagesordnung. Gemeinsam
257 mit anderen wollen wir in der Region eine deutsch-polnische Parlamentariergruppe schaffen.
258

259 Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der Unterschiede nicht zur
260 Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung
261 unseres Landes so wichtige Ziel ist noch nicht überall in Brandenburg gelebte
262 Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie.
263 Entscheidend ist letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsextremes und neofaschistisches
264 Gedankengut zu überwinden. Die junge Generation braucht Berufsperspektiven in allen
265 Regionen des Landes, damit Offenheit und Selbstbewusstsein durch eigene Leistung und
266 Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und
267 Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden können, wenn es uns gelingt, eine
268 solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter gewachsenen Reichtum gerechter zu
269 verteilen.

ÄA 1 Übernahme

270 Brandenburg wird offener und transparenter, libertärer und toleranter. Die Rechte der
271 Bürgerinnen und Bürger werden ausgebaut.

272 So wurde der Datenschutz in Brandenburg neu geregelt und gestärkt; seit Anfang des Jahres
273 sind die Zuständigkeiten für den öffentlichen und privaten Datenschutz zusammen geführt.
274 Von der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat sich das Land
275 verabschiedet.

276 Eine Gleichstellungsbeauftragte wurde bestellt; ein Gleichstellungspolitisches
277 Rahmenprogramm soll dazu beitragen, bei der Geschlechtergerechtigkeit voran zu kommen
278 und strukturelle Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abzubauen.

279 Rot-rote Justizpolitik stärkt die Rechtsordnung und ihre Institutionen im Interesse der
280 Bürgerinnen und Bürger; sie setzt auf soziale Verantwortung. Dr. Volkmar Schöneburg, der

281 erste linke Justizminister in der Geschichte der Bundesrepublik, hat schon kurz nach seinem
282 Amtsantritt einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet. Indem er an den
283 Sozialgerichten des Landes Brandenburg 28 Stellen des mittleren Dienstes entfristete und
284 zusätzliche Richter einstellte, schuf er wichtige Voraussetzungen für schnellere
285 Gerichtsentscheidungen bei sogenannten Hartz IV-Klageverfahren. Künftig können diejenigen
286 rascher zu ihrem Recht gelangen, die sich gegen Hartz IV-Ungerechtigkeiten gerichtlich zur
287 Wehr setzen. Handwerkliche Fehler der Bundesregierung bei der Hartz IV-Gesetzgebung
288 hatten in den Jahren zuvor zu einer unvergleichlichen Klagebereitschaft derer geführt, von
289 denen sich viele zu Recht ungerecht behandelt und sozial benachteiligt fühlen. Die aus der
290 Klageflut resultierenden extrem langen Verfahrensdauern bei den Sozialgerichten trugen zu
291 allem Übel auch noch dazu bei, die Nöte der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu
292 verschärfen, die um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen wollten. Minister Schöneburg hat
293 hier nicht weniger als eine justiz-soziale Wende eingeleitet.

294 Soziale Verantwortung gilt auch für den Strafvollzug und den Umgang mit straffällig
295 Gewordenen. Straffälligkeit hat oft auch mit Bildungsmangel zu tun. Wir bestärken Minister
296 Schöneburg und sein Ministerium in dem Bemühen, diese Menschen mit teilweise großen
297 Bildungsdefiziten auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten. Wer nach der Haft im
298 Leben steht, wird nicht mehr so leicht straffällig. Das dient der öffentlichen Sicherheit und
299 liegt im Interesse aller Brandenburgerinnen und Brandenburger.

300 Erwartungsvoll sehen wir in diesem Sinne den Arbeiten an einem Strafvollzugsgesetz und
301 einem Jugendarrestvollzugsgesetz für das Land Brandenburg entgegen. Die Gesetze werden
302 den verfassungsrechtlichen Anforderungen an einen modernen, rechtsstaatlichen Strafvollzug
303 Rechnung tragen. Das Resozialisierungsziel hat gemäß Artikel 54 der Landesverfassung in
304 Brandenburg Verfassungsrang.

305
306 Mit der im ersten Quartal zu beschließenden Geschäftsordnung des Landtages wird sich die
307 Transparenz der Landtagsarbeit erheblich erhöhen – die von den Linken seit 1990 geforderte
308 Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen – wird endlich Alltag. Erstmals seit 1999 gibt es wieder
309 gemeinsame Anträge aller Fraktionen. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren werden
310 Anträge der Oppositionsfraktionen in die Ausschüsse überwiesen und ernsthaft erörtert.

311

312

313 III.

314 DIE LINKE muss in Regierungsverantwortung im Land auch Abstriche an den eigenen Zielen
315 machen. Wir geben sie deshalb aber nicht auf. Sie bleiben wichtige Positionen und
316 Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung – und doch sind sie im Augenblick nicht
317 realisierbar, weil der derzeitige rechtliche, finanzpolitische oder ökonomische Kontext das
318 erzwingt. Und es gibt auch Abstriche, weil für einzelne Vorhaben gesellschaftliche Mehrheiten
319 und gesellschaftlicher Druck fehlen.

320 Politischer Gestaltungsanspruch und gesellschaftliche Opposition gehören zusammen –
321 ebenso wie Regieren und ergebnisoffener gesellschaftlicher Dialog. Sie sind keine
322 Gegensätze für eine Partei, die mit beiden Beinen im gesellschaftlichen Leben steht, sondern
323 eine Herausforderung und auch eine Chance. Veränderung beginnt in der Gesellschaft. Um
324 Veränderungen zu vollziehen, gilt es, den Platz am Kabinetttisch zu nutzen. Aber
325 Regierungshandeln und Verwaltungsentscheidungen können gesellschaftliche Mobilisierung
326 nicht ersetzen. Ohne sie fehlt die entscheidende Basis für nachhaltigen politischen Erfolg im
327 Land.

328 Regierungsverantwortung endet aber auch nicht am Kabinetttisch. Wir können dort nicht
329 umsetzen, wofür gesellschaftliche Mehrheiten fehlen – das verlangt auch, die eigene
330 Regierungspolitik im öffentlichen Dialog zu entwickeln, zu verbessern und auch zu erklären.
331 Wir bleiben deswegen auch als Regierungspartei verlässlicher Partner für Gewerkschaften
332 und Initiativen, für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen, dass auch Rot-Rot nicht alle
333 Wünsche erfüllen und alles ermöglichen kann, was notwendig wäre. Aber den sozialen
334 Zusammenhalt zu stärken, Solidarität in der Gesellschaft zu leben, setzt auch voraus,
335 gemeinsam Spielräume zu erkunden und zugleich offen zu debattieren, warum welche
336 Abwägungen zu Lasten oder zu Gunsten unterschiedlicher Betroffener nötig sind, ehe
337 tragfähige Entscheidungen gefällt werden.
338 Wir wollen nicht neben, sondern mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
339 Verantwortung für Brandenburg tragen – am Kabinetttisch wie überall im Land.
340 Die erste Legislaturperiode von Rot-Rot in Brandenburg ist ein Auftakt für eine gute Zukunft
341 des Landes; der Koalitionsvertrag die solide Grundlage dafür. Seine erfolgreiche Umsetzung
342 wird es möglich machen, neue Anliegen und künftige Ziele ins Auge zu fassen, dafür zu
343 werben und perspektivisch Mehrheiten dafür zu ermöglichen.

Änderungsantrag 1 zum Antrag 2

- übernommen

Einreicherin: Bettina Fortunato

Nach Zeile 260 bitte einfügen

„Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Ziel ist noch nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie.

Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit der Brandenburger für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung und Stärkung des Handlungskonzepts »Tolerantes Brandenburg« ein. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue rechtliche oder bürokratische Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären über Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein.

Entscheidend ist letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die junge Generation braucht Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit Offenheit und Selbstbewusstsein durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen.“

Änderungsantrag 2 zum Antrag 2

- offen

Einreicher: Kreisverband Prignitz (beschlossen auf der GMV am 10. März 2010)

Neuformulierung der Zeile 59

„Beim im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Einsatz von Nichtfachkräften in Kindertagesstätten ist anzustreben, dass dieses Personal eine pädagogische Ausbildung erhält und die Bezahlung nach dem jeweils anzuwendenden Tarif erfolgt.“

Begründung:

Bei der Betreuung in Kindertagesstätten kommt es nicht nur auf die Quantität, sondern besonders auf die Qualität an. Diese wird nur gesichert, wenn in einer Ausbildung sowohl pädagogische als auch psychologische und methodische Kenntnisse an das einzusetzende Personal vermittelt werden. Diese kann sowohl in einem Direktstudium als auch in berufsbegleitenden Studien erfolgen.

Damit wird die wesentliche Voraussetzung erfüllt, dass Kitas nicht nur der „Aufbewahrung“ und „Beschäftigung“, sondern der geistigen, körperlichen und sprachlichen Förderung dienen.

Änderungsantrag 1 zum Antrag 5 (Satzungsänderung Kleiner Parteitag)

- offen

Einreicher: Michael Böhner

Ersetze:

„Kleiner Parteitag

§ 22a Zusammensetzung und Aufgaben des Kleinen Parteitags

(1) Der Kleine Parteitag setzt sich aus den gemeinsam tagenden Gremien Landesvorstand und Landesausschuss zusammen.

(2) Der Kleine Parteitag berät und beschließt im Rahmen der Aufgaben von Landesvorstand und Landesausschuss zu politischen und organisatorischen Fragen von herausgehobener Bedeutung.“

durch:

§22 a „Gemeinsame Sitzungen von Landesvorstand und Landesausschuss“

(1) Bei politischen und organisatorischen Angelegenheiten von herausgehobener Bedeutung soll der Landesvorstand gemeinsam mit dem Landesausschuss beraten und beschließen.

Begründung: Der Begriff „Kleiner Parteitag“ mag in der Presse gerne genutzt werden. Als satzungsrechtlicher Begriff suggeriert er in unzulässiger Art und Weise die Bedeutung eines höchsten Organs der Landespartei.

Ersetze:

§ 22b Arbeitsweise des Kleinen Parteitags

(1) Der Kleine Parteitag tritt bei Bedarf zusammen. Der Kleine Parteitag wird gemeinsam vom Landesvorsitzenden und vom Vorsitzenden des Landesausschusses einberufen.

(2) Er muss einberufen werden, wenn es mindestens die Hälfte der Landesvorstandsmitglieder oder mindestens die Hälfte der Landesausschussmitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe verlangen.

durch:

§22 a

(3) Gemeinsame Sitzungen werden auf Beschluss des Landesvorstandes, mindestens einmal im Jahr von der bzw. dem Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Auf Verlangen des Landesausschusses muss der Landesvorstand eine gemeinsame Sitzung einberufen.

Begründung: Eine in 22b Absatz 1 gemeinsame Einberufung durch Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des Landesausschusses widerspricht der satzungsgemäßen Arbeitsweise des Landesausschusses gemäß §22.

Streiche:

(3) Die Tagungsleitung obliegt dem Landesvorsitzenden oder einer/m von ihm Beauftragten.

Begründung: 1. Das Zugriffsrecht des Landesvorsitzenden widerspricht den Aufgaben des Landesausschusses in seiner Kontroll- und Initiativfunktion, insbesondere wenn die gemeinsame Tagung auf alleinigen Antrag des Landesausschusses einberufen wurde.

2. Dem Landesausschuss ist satzungsrechtlich aufgegeben, wem die Aufgabe des Tagungsleiters obliegt.